

Mitteilungsvorlage

Organisationseinheit Personalangelegenheiten	Datum 22.01.2019	Drucksachen-Nr. 2019/018
---	---------------------	------------------------------------

↓ Beratungsfolge	↓ Sitzungsart	↓ Sitzungstermin/e
Verwaltungs- und Finanzausschuss	öffentlich	11.02.2019
Kreistag	öffentlich	18.02.2019

Tagesordnungspunkt 5.2

Abbaukonzept asylbedingt geschaffener Stellen - Antrag der Freien Wähler (Teil 1)

Sachverhalt

Die Fraktion der Freien Wähler hat am 12. November 2018 zwei Anträge zum Personalaufwand des Landkreises gestellt. Das entsprechende Schreiben liegt als **Anlage 1** bei.

Der erste Antrag bezieht sich auf die Stellenentwicklung im Bereich Asyl. Die Verwaltung wurde beauftragt, einen Abbauplan für 2019 und 2020 vorzulegen, wie die Personalstellen entsprechend der Flüchtlingszahlen auf den alten Stand vor 2015 zurückgeführt werden.

Die Verwaltung legt hierzu in der **Anlage 2** einen Abbauplan (bis 2023) vor. Der Abbauplan basiert auf den aktuellen Prognosen bezüglich der Zugangszahlen und der weiteren aktuellen Rahmenbedingungen. Im Folgenden wird auf die Situation in den einzelnen Fachämtern eingegangen.

1. Hauptamt

Stellen wurden insbesondere im Bereich der IT aufgebaut (Mehrbedarf zur Anbindung der Unterkünfte, WLAN in den Unterkünften), einen Mehrbedarf gab es auch beim organisatorischen Brandschutz und in der Personalverwaltung (0,3). Die Stelle organisatorischer Brandschutz ist im Entwurf des Stellenplans 2019 zur Streichung vorgesehen.

Solange nicht alle asylbedingt geschaffenen Stellen abgebaut werden, besteht auch beim IT-Referat ein Mehrbedarf zur Betreuung dieser Arbeitsplätze. Als Zielgröße für das Jahr 2023 liegt die Stellenzahl der asylbedingten Stellen im Hauptamt bei 1,0.

2. Amt für Hochbau und Gebäudemanagement

Im Zuge der steigenden Flüchtlingszahlen wurde im Amt für Hochbau und Gebäudemanagement ein eigenes Referat „Unterkünfte“ eingerichtet. Es wurde bereits begonnen, Personen auf geeignete Stellen in den anderen Referaten des Amtes umzusetzen. Aufgrund der speziellen Qualifikationen (Architekten, Bautechniker) sind alternative Einsatzmöglichkeiten jedoch begrenzt. In der Prognose wird davon ausgegangen, die Zahl der asylbedingt geschaffenen Stellen bis 2023 auf 4,5 senken zu können.

3. Kämmereiamt

Beim Kämmereiamt wurden 0,25 Stellenanteile bei der Kreiskasse geschaffen, hier ist eine Stellenreduzierung derzeit nicht absehbar.

Im Bereich der Schulsozialarbeit (VABO-Klassen) sind im Stellenplan 2019 noch 8,55 der asylbedingt geschaffenen Stellen enthalten. Die Prognose geht davon aus, dass bis 2023 ein Abbau um 2,45 Stellen auf 6,1 Stellen realisierbar ist.

4. Amt für Kinder, Jugend und Familie

Asylbedingt wurden Stellen in den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Vormundschaften und Koordination der UmA geschaffen. Von 18,7 Stellen im Jahr 2017 konnten bis 2019 (Entwurf des Stellenplans) bereits 5,4 Stellen abgebaut werden. Da auch bei sinkenden Zugangszahlen weiterhin dauerhaft eine hohe Zahl an Familien mit Flüchtlingshintergrund im Landkreis betreut werden muss, wird ein vollständiger Stellenabbau nicht möglich sein. Für das Jahr 2023 geht die Prognose von 5,0 Stellen aus.

5. Jobcenter

Rund 22,8 % der erwerbsfähigen Leistungsempfänger des Jobcenters haben einen Flucht- oder Asylhintergrund. Der Anteil der Empfänger von Grundsicherungsleistungen nach SGB II liegt bei 24,05 %. Aus der Auswertung der Bedarfsgemeinschaften und der Kundenzahl ist ersichtlich, dass die geflüchteten Menschen seit 2016 zu einem deutlichen Anstieg geführt haben. Das Jobcenter wird auch künftig diesen hohen Level beibehalten, da nicht zu vermuten ist, dass dieser Personenkreis kurz- oder mittelfristig dauerhaft in eine bedarfsdeckende Tätigkeit vermittelt werden kann. Insbesondere die großköpfigen Flüchtlingsfamilien werden längerfristig im Leistungsbezug bleiben.

Die dem Jobcenter Landkreis Konstanz zugeteilten asylbedingten Stellen können daher nicht vollständig bis 2023 abgebaut werden. Die Prognose sieht vor, die derzeit 10,2 asylbedingt geschaffenen Stellen auf 5,4 in 2023 zu reduzieren.

6. Amt für Migration und Integration

Der mit Abstand höchste Stellenmehrbedarf entstand im Amt für Migration und Integration (bzw. dem früheren Referat Untere Eingliederung beim Sozialamt). Von 26,42 Stellen wuchs die Stellenzahl an und erreichte 2016 mit 115,72 Stellen den Höchststand. Seither werden kontinuierlich Stellen abgebaut, im Entwurf des Stellenplans für 2019 sind noch 59,65 der asylbedingt geschaffenen Mehrstellen vorhanden.

Soweit das Unterkunftsabbaukonzept 2018 und 2019 wie geplant tatsächlich auch umgesetzt wird, können in den Unterkünften im Jahr 2020 6,5 Sekretariatsstellen und 6,6 Hausmeisterstellen abgebaut werden (zusammen 13,1 Stellen).

Wenn die Städte und Gemeinden die Betreuung in der Anschlussunterbringung komplett übernehmen würden und eigene Integrationsmanager einstellen würden, könnten weitere 14,84 Stellen von Integrationsmanagern abgebaut werden. Aktuell wird die Aufgabe der Integrationsmanagerinnen und -manager von Personal des Landkreises übernommen. Insgesamt umfasst das Abbau-Potential somit 27,94 der 59,65 asylbedingt geschaffenen Stellen.

Über das Jahr 2020 hinaus kann keine konkrete Aussage getroffen werden, in wie weit Stellen abgebaut werden. Dies hängt von den Zugangszahlen ab. Aktuell wird mit einem jährlichen Zugang von 374 Personen gerechnet. Wird dieser Zugang als Grundlage genommen, steigt der Platzbedarf in den Unterkünften und man müsste wieder Personal aufbauen.

7. Ordnungsamt

Auch wenn die geflüchteten Personen aus den Unterkünften des Landkreises ausziehen, bleibt die ausländerrechtliche Zuständigkeit in den meisten Fällen weiterhin beim Ord-

nungsamt des Landkreises. Im Entwurf des Stellenplans 2019 ist ein Stellenabbau von 1,5 Stellen vorgesehen, ein weiterer Stellenabbau kann derzeit nicht prognostiziert werden.

8. Amt für Gesundheit und Versorgung

Im Amt für Gesundheit und Versorgung wurde eine 0,5-Stelle im Bereich der Tuberkulosefälle geschaffen. Zwar ist die Zahl der Asylsuchenden zurückgegangen, jedoch nahmen die Tuberkulosefälle insgesamt stark zu, so dass für den Stellenplan 2019 eine weitere Aufstockung beantragt wurde. Bei vielen der von Tuberkulose betroffenen Personen handelt es sich um anerkannte Asylbewerber bzw. geduldete Asylbewerber oder Personen die sich von ihnen angesteckt haben. Eine Abbauprognose ist derzeit nicht möglich.

Fazit

Die Prognose sieht vor, dass von den in der Spitze 2016 vorhandenen 185,17 asylbegründeten Stellen im Jahr 2023 noch insgesamt 73,3 Stellen vorhanden sein werden.

Würden die Kommunen die Aufgaben der Integrationsmanagerinnen und –manager selbst übernehmen, wäre ein weiterer Abbau auf 58,46 Stellen möglich.

Außerdem wird in Einzelfällen schon jetzt die Aufgabe der Anschlussunterbringung für Kreisgemeinden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landkreises wahrgenommen. Dies erfolgt durch die Erstattung der anfallenden Sach- und Personalkosten. Ohne die Übernahme dieser Tätigkeiten wäre das Potential zum Stellenabbau höher.

Ein weitergehender Stellenabbau ist aus den oben genannten Gründen nicht möglich bzw. nicht seriös zu prognostizieren.

Finanzielle Auswirkungen

Siehe Sachverhalt.

Anlagen

Anlage 1 – Antrag der Freien Wähler

Anlage 2 – Abbauplan asylbedingter Stellen